

Daten als Waffe

Von Konrad Schuller

Telefondaten sind eine Waffe, Internetdaten auch. Eine Regierung, die weiß, wer wen anruft, kann Pädokriminelle aufspüren. Eine Polizei, die erkennt, wer sich im Netz Bombenpläne ansieht, kann Terror bekämpfen. Das ist der Grund, warum Deutschland es 2007 unternommen hat, auf diese Daten zuzugreifen. Das Fachwort ist „Vorratsdatenspeicherung“: Sie verpflichtet Telefon- und Internetkonzerne, die Verbindungsdaten aller Menschen aufzubewahren und unter bestimmten Bedingungen dem Staat zu geben. Später wurde diese Pflicht auf ein paar Wochen begrenzt. Im Jahr 2017 dann, als der Europäische Gerichtshof ähnliche Regeln in anderen Ländern rügte, setzte Berlin die Anwendung aus.

Jetzt will Europas Generalanwalt die entsprechenden Regeln endgültig für rechtswidrig erklären lassen. Am Donnerstag hat er in einem Schlussplädoyer die anlasslose Speicherung von Telefon- und Internetdaten in Deutschland als „schwere Gefahr“ beschrieben.

Wie aber kann eine Waffe gegen Terroristen eine Gefahr sein? Ein Blick zurück hilft. 2007, als Deutschland die Speicherung einführte, lagen die Terroranschläge vom 11. September nur sechs Jahre zurück. Der Kampf gegen den Terror beherrschte das Denken, Datenkontrolle war ein Mittel, auf das keiner verzichten wollte.

Zufälligerweise waren genau diese Jahre aber auch Jahre einer Wende, die erst später auffiel. Die Organisation „Freedom House“ hat darauf hingewiesen. Sie schreibt Berichte über Demokratie in der Welt, und sie stellt fest, dass fast genau in der Zeit, als Deutschland die Vorratsdatenspeicherung einführte, ein Trendwechsel einsetzte. 2006 hörte die Zahl der Länder, die Freedom House als „frei“ einstuft, auf zu wachsen. Danach

hat sie nur noch abgenommen. Seit 2021 auch Indien, die größte Demokratie der Welt, herabgestuft worden ist, leben nur noch knapp 20 Prozent der Menschen auf der Welt in freien Ländern. Der niedrigste Stand seit 1995.

2007 hatte die Zeit der Diktatoren gerade erst begonnen. In China stand Xi Jinping noch nicht an der Spitze, in Russland beging das Regime Putin noch nicht systematisch Giftmord, in der Türkei galt Erdogan noch als Hoffnungsträger. In Italien sprach noch niemand von Salvini, in Ungarn hatte Orbán noch nicht die illiberale Demokratie ausgerufen, und in Polen führte Kaczyński noch keinen Krieg gegen die Justiz. Dass es je einen Sturm aufs Kapitol in Washington geben könnte? Unvorstellbar.

Heute ist das anders. Überall sind Diktatoren auf dem Vormarsch. Damit hat sich aber der Rahmen für die Debatte um Datenspeicherung verändert. Wahr bleibt: Sie ist eine Waffe. Aber sie ist eben nicht nur eine Waffe zum Schutz der Menschen, sondern auch eine Waffe gegen sie. Der NSA-Skandal in Amerika hat bewiesen, dass das nicht nur für Diktaturen gilt.

Aber sind wir nicht sicher in der Bundesrepublik? Das haben die Amerikaner vor Trump auch gedacht. Und als in Deutschland vor 14 Jahren die Vorratsdatenspeicherung eingeführt wurde, war die Welt der deutschen Demokratie noch in Ordnung. Es gab noch keine AfD, und am rechten Rand träumten höchstens ein paar einsame Spinner vom Umsturz. Das hat sich geändert. Es ist nicht mehr undenkbar, dass in einem deutschen Bundesland mal ein rechtsradikaler Ministerpräsident nach den Daten der Menschen greift. Der Generalanwalt hat recht: Datenkontrolle ist gefährlich – auch in der Hand des Staates.